

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

66 Oktober 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

INTERNATIONALES

- Palästina/Israel: Kein Frieden, aber Heuchelei
- Kongo: Ebola, Rohstoffe und Kolonialismus
- Ukraine: Frieden oder Eskalation?
- Spanien: Massenproteste wegen hoher Mieten
- Frankreich: Der Aufstand der Schüler:innen

ab Seite 2

DEUTSCHLAND

- Nie wieder Wehrpflicht!
- Rheinmetall Entwaffnen
- Linkspartei Berlin: Hoffnung oder Sackgasse?
- Wie den Aufstieg der AfD stoppen?

ab Seite 8

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

- Wer bedroht die Menschheit: KI oder Big Tech?
- KI-Rechenzentren: Profitjagd und Zerstörung

ab Seite 12

AUS DEN BETRIEBEN

Charité: Heute ist Streiktag

Seite 14

GESCHICHTE

Ungarn 1956: Revolution gegen den Stalinismus

Seite 15



Schulstreik in Berlin, 25. 9. 2026

Französische Verhältnisse wagen!

„On bloque tout“ – Wir blockieren alles! Unter diesem Motto demonstrierten am 9. 10. Zehntausende Schüler:innen gemeinsam mit Gewerkschaften in Brüssel gegen die geplanten Kürzungen ihrer Regierung. Damit sind sie Teil einer internationalen Bewegung der Arbeiter:innen und der Jugend, die klar macht: Wir haben dieses System satt! Seit über einer Woche zeigen Schüler:innen das in ganz Frankreich in ihren Protesten überdeutlich und auch in Spanien protestieren Arbeiter:innen.

Denn der Kapitalismus treibt gleichzeitig unsere Welt immer weiter in die Krise: Die imperialistischen Großmächte nehmen in ihrem Kampf um Einfluss nicht nur beim Thema KI keine Rücksicht auf Verluste. Im kriegsgeplagten Kongo fordert eine weitere Ebola-Epidemie Tausende Tote, im Krieg um die Ukraine scheint ein Frieden immer weniger gewollt und der Beginn des bru-

talen Genozids in Palästina jährte sich zum dritten Mal. Zwar steht Israel zunehmend international in der Kritik, aber in Deutschland scheint die „bedingungslose Anerkennung des Existenzrechts Israels“ weiterhin Voraussetzung dafür zu sein, im bürgerlichen Spiel mitmischen zu dürfen, wie das Drama um den Wahlsieg der Linkspartei in Berlin zeigt.

Wenn wir dem etwas entgegensetzen wollen, müssen wir dem Beispiel der französischen, belgischen und spanischen Schüler:innen und Arbeiter:innen folgen. Denn auf institutionelle Kräfte wie die Linkspartei ist dabei kein Verlass. Das Rheinmetall-Entwaffnen-Camp in Köln und die Schulstreiks sind dafür erste Ansätze. Doch auch wir müssen den Kapitalist:innen sagen: Wir blockieren euren Mietwucher, euer marodes Schulwesen, eure Aufrüstung – wir blockieren euer gesamtes System! ■

Palästina/Israel: Kein Frieden, aber viel Heuchelei

Vor drei Jahren drangen Einheiten der Hamas und anderer palästinensischer Gruppen vom Gazastreifen aus nach Israel ein und verübten ein regelrechtes Massaker. Der 7. Oktober war ein Schrecken. Aber das war nicht der Anfang. Die Gedenkveranstaltungen sind eine Farce.

Am 7. Oktober 2023 starben bei der Aktion der Hamas und anderer palästinensischer Gruppen 1.221 Menschen; Tausende wurden verletzt. 251 Geiseln wurden gewaltsam in palästinensisches Gebiet verschleppt, 55 starben dort. Die letzten Geiseln übergab die Hamas im Oktober 2025 als Teil der Waffenstillstandsvereinbarung mit Israel. Unter den Opfern waren viele junge Menschen auf einem Musikfestival, deren einziges „Verbrechen“ darin bestand, Israelis zu sein.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Netanjahu und seine kriminelle Clique bombardierten den Gazastreifen ununterbrochen, massakrierten die Zivilbevölkerung und begingen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Handlungen, die von vielen internationalen Organisationen als Völkermord bezeichnet werden und die bis heute weitergehen. Das einzige „Verbrechen“ der Menschen im Gazastreifen besteht darin, Palästinenser:innen zu sein.

Wenn das Gedenken selektiv bleibt und der Völkermord weitergeht

Es ist widerlich, wie Berlins Bürgermeister Wegner nach Israel reist, um „der Opfer des Terrorangriffs zu gedenken“, und ständig die Bedeutung des Kampfs gegen Antisemitismus betont. Dabei verteilt der Berliner CDU-SPD-Senat seit Jahren Millionen Euro für Antisemitismus-Projekte an politische

2 Millionen Menschen leben auf einem kleinen Gebiet zusammengepfercht in Zelten und Israel blockiert alles. Was nach den Bombardierungen noch stehen geblieben war, wird systematisch gesprengt und mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht. Der israelische Staat verurteilt 2 Millionen Palästinenser:innen zu einem „langsamen Tod“.

»» Das, was uns als „Frieden“ und „Waffenstillstand“ präsentiert wird, ist ein nur etwas langsames Töten und Vertreiben. Und all das hat nicht erst vor drei Jahren angefangen. Aber hierüber kein Wort aus der deutschen Regierung. ««

Freunde oder gibt sie gar nicht frei. Wegners Besuch in Israel dient vor allem der Pflege der Kontakte zum größten israelischen Rüstungskonzern IAI, der in Berlin ein „Innovationszentrum“ aufbauen will. Es ist genauso widerlich zu sehen, wie Kanzler Merz und Außenminister Wadephul das „Existenzrecht Israels“ anbieten, ohne ein Wort der Verurteilung des Staates Israel für die Tötung von mindestens 74.000 Palästinenser:innen in Gaza (darunter mindestens 21.500 Kinder) und 183.000 Verletzten (darunter mehr als 46.500 Kinder). Seit dem „Waffenstillstand“ im Oktober 2025 tötete der israelische Staat weitere 1.402 Palästinenser:innen in Gaza. Die Todeszahlen können nicht ansatzweise das wahre Ausmaß beschreiben. Denn der Gazastreifen ist komplett zerstört,

In dem anderen von Israel seit 1967 völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebiet, dem Westjordanland, verfolgt der israelische Staat ganz offen dasselbe Ziel der Vertreibung und Zerstörung. Blockaden, Checkpoints und Überfälle des Militärs und israelischer Siedler:innen auf Flüchtlingslager, Stadtviertel und Dörfer machen das Leben wirtschaftlich und physisch unmöglich. Das, was uns als „Frieden“ und „Waffenstillstand“ präsentiert wird, ist ein nur etwas langsames Töten und Vertreiben. Und all das hat nicht erst vor drei Jahren angefangen.

Aber hierüber kein Wort aus der deutschen Regierung. Die Unterstützung Deutschlands ist allerdings nicht neu und auch nicht überraschend.

Palästina liegt auch vor unserer Haustür

Für die Unterstützung beim Völkermord an den Palästinenser:innen steht Deutschland vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Es geht dabei vor allem um Waffenlieferungen an Israel. 2023 waren es Waffenlieferungen im Wert von 326,5 Millionen Euro,





im ersten Halbjahr 2026 waren es 799,3 Millionen!

Die militärische Kooperation findet auch umgekehrt statt. Israel spielt eine wichtige Rolle bei der gigantischen Aufrüstung der NATO-Staaten. Beispielsweise wird Südostdeutschland ein Zentrum der Rüstungsindustrie. Der israelische Konzern Elbit baut in Sangerhausen eine Fabrik. In Leipzig will das „Start up“ Covenant, ein israelisch-US-amerikanisches Unternehmen, Präzisionsmarschflugkörper bauen. Die Autobeschäftigten im Volkswagen-Werk in Osnabrück werden gerade erpresst: entweder Werksschließung oder für den israelischen Konzern Rafael Komponenten für Flugabwehrsysteme bauen. Während Deutschland also seit langem U-Boote und traditionelle militärische Teile nach Israel liefert, liefert Israel nach Deutschland Wissen über Drohnen, Flugabwehr und andere Hightech-Waffen.

Es geht daher nicht „nur“ um die Palästinenser:innen, es geht um ein ganzes System, in dem es „normal“ ist, Millionen Menschen zu vertreiben und ganze Regionen mit Kriegen zu überziehen. Es geht darum, wer wo wirtschaftlich und militärisch das Sagen hat. Die großen imperialistischen Mächte bauen dafür Allianzen und bekämpfen andere. Deutschland spielt als drittgrößte Wirtschaftsmacht militärisch eine immer größere Rolle.

Zwischen Wahlurne und Kriegslogik ... oder Menschlichkeit und Massenbewegung

Im Zeitalter wirtschaftlicher und militärischer Kriege bietet die UN-Diplomatie mit ihren völkerrechtlichen Regeln und Verfahren keine Lösung.

Nur die Massenbewegungen rund um die Welt haben – bisher – den letzten Plan Trumps verhindert, der die völlige Vertreibung der Palästinenser:innen vorgesehen hatte. Ein Plan, den die israelische Regierung unter Netanjahu seit der ersten Minute nach dem Angriff der Hamas im Oktober 2023 verfolgt! Vertreter der Netanjahu-Regierung haben ohne Scheu erklärt, das „historische Fenster“ ausnutzen zu wollen, um endlich die palästinensische Bevölkerung aus Gaza zu vertreiben, versteckt hinter Wörtern wie „Transfer“. Aber diese Politik ist kein besonderes Merkmal der Netanjahu-Regierung, sie liegt in der Logik des Zionismus, der ein Recht auf Vorherrschaft der Jüdinnen und Juden im historischen Palästina annimmt.

Wenn jetzt am 27. Oktober in Israel eine neue Regierung gewählt wird, wird das Ergebnis auf keinen Fall Frieden sein, weder Frieden für die Palästinenser:innen noch für die Israelis. Nach aktuellen Umfragen liegen die Parteien

» Nur die Massenbewegungen rund um die Welt haben – bisher – den letzten Plan Trumps verhindert, der die völlige Vertreibung der Palästinenser:innen vorgesehen hatte. «

des Likud-Blocks von Netanjahu vorne. Aber was sich als oppositioneller Eisenkot-Block präsentiert, ist ein Zusammenschluss ehemaliger Minister oder Ministerpräsidenten oder ranghoher Militärs. Alle sind zionistisch. Sie halten am Völkermord fest. Sie halten an dem Apartheid-Staat Israel fest. Ein einheitlicher Staat für Palästinenser:innen und Israelis gleichermaßen, mit gleichen Rechten für alle, mit einem Rückkehrrecht und Entschädigungen

für Palästinenser:innen, kommt für sie überhaupt nicht in Betracht.

Die zentrale Wahlkommission hat auf Antrag des Ministers für nationale Sicherheit Ben-Gvir alle arabischen Parteien von der Wahl ausgeschlossen – nicht aber rechtsextreme quasifaschistische Parteien wie die von Ben-Gvir. Den arabischen Parteien wird vorgeworfen, nicht den Staat Israel als jüdischen Staat anzuerkennen – also sich nicht der Apartheid zu unterwerfen! Wie schon oft hat der oberste Gerichtshof die arabischen Parteien schließlich doch zugelassen; nicht jedoch den Spitzenkandidaten der linksgerichteten Balad Partei, die für eine Ein-Staaten-Lösung einsteht, also einen demokratischen säkularen Staat für alle Menschen mit gleichen Rechten. Um dem Verbot zuvorzukommen, entschied er nicht zur Wahl anzutreten. Ein Staat, der Millionen Palästinenser:innen degradiert, entmenslicht und tötet, kann nicht im Inneren demokratisch sein. Die zionistische Ideologie bedeutet endlose Kriege gegen die Palästinenser:innen und alle Nachbarstaaten, wie den Libanon, Iran, Syrien oder früher Ägypten und Jordanien. Für Israelis bedeutet es ein Leben unter permanentem Kriegszustand, bei dem auch ihre demokratischen Rechte wie Wahlen, Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit heftig beschnitten werden.

Die weltweite Solidaritätsbewegung mit den Palästinenser:innen ist daher weiterhin wichtig. Für den 30. Oktober ruft das Netzwerk der Hafenarbeiter:innen wieder zu Blockaden auf. Die Jugend, die in Frankreich und Deutschland gegen Wehrpflicht und die Bildungsmisere auf den Straßen ist, zeigt sich ebenfalls solidarisch mit Palästina. ■

Sabine Müller und Richard Lux, Berlin

Kongo: Ebola, Rohstoffe und der lange Schatten des Kolonialismus

In der Demokratischen Republik Kongo (DRK) kämpft die Bevölkerung nicht nur mit der Ebola-Epidemie: Konzerne liefern sich einen Wettlauf um Rohstoffe und diverse Länder kämpfen um Einflusszonen.

Koloniale Vergangenheit

Im sogenannten „Wettlauf um Afrika“ brachten die europäischen Großmächte innerhalb von nur rund vier Jahrzehnten 90 % Afrikas unter ihre Kontrolle. Das Gebiet der heutigen DRK wurde 1885 zur „Privatkolonie“ des belgischen Königs Leopold II. Durch Sklaverei und Landraub wurde Kautschuk gewonnen und die steigende Nachfrage der europäischen Industrien bedient. Massenhafte unsägliche Gewalt sowie Hungersnöte und eingeschleppte Krankheiten forderten Millionen von Opfern.

1908 trat König Leopold II. „seine“ Kolonie an den belgischen Staat ab (nun „Belgisch-Kongo“). Ausbeutung, Zwangsarbeit und Unfreiheit gingen weiter. Nach der Unabhängigkeit 1960 wurde der neue Premierminister Patrice Lumumba nach nur drei Monaten mit Unterstützung Belgiens und der USA abgesetzt und 1961 ermordet. 1965 kam Mobutu nach einem Militärputsch an die Macht, dessen Diktatur jahrzehntelang von westlichen Staaten unterstützt wurde.

Genozid, Flucht und Waffen

1994 kam es im Nachbarland Ruanda zum Genozid an den Tutsi, dem innerhalb von etwa hundert Tagen mehr als 800.000 Menschen zum Opfer fielen, überwiegend Tutsi und oppositionelle Hutu. Die Vorgeschichte reicht in die Kolonialzeit zurück, während der soziale Unterschiede zwischen Hutu und Tutsi zunehmend ethnisiert und politisch verfestigt wurden.

Hunderttausende Hutu flohen nach Zaire (von 1971 bis 1997 der Name der DRK), darunter neben Zivilist:innen auch Angehörige der ehemaligen Armee und Milizen, die am Genozid beteiligt gewesen waren. Im Osten der DRK entstand ein explosives Ge-

misch aus Menschen auf der Flucht, bewaffneten Gruppen, Landkonflikten

schiedene afrikanische Staaten der Region im Ostkongo aktiv.

» Im Osten der DRK ringen auch heute unzählige internationalen Konzerne und Akteure um den Zugriff auf die vielfältigen und begehrten Rohstoffe. «

und Interessen von Nachbarstaaten. Seit 1996 gab es im Osten der DRK eine Vielzahl von Kriegen mit unterschiedlichen Konfliktparteien und bewaffneten Gruppen, die eng mit Kämpfen um die Kontrolle von Territorien und Rohstoffen verbunden sind.

Im Osten der DRK ringen auch heute unzählige internationale Konzerne und Akteure um den Zugriff auf die vielfältigen und begehrten Rohstoffe, die für moderne Industrieprodukte (Smartphones, PCs, Elektroautos, Solarmodule...) unverzichtbar sind. Die DRK ist der größte Produzent von Kobalt und verfügt über mehr als die Hälfte der weltweiten Reserven. Ebenso lagern dort die größten Vorkommen an Coltan sowie große Mengen an Diamanten, Kupfer, Gold und weiteren Metallen. China ist heute Abnehmer von circa 60 % aller Exporte aus der DRK. Die USA und die Vereinigten Arabischen Emirate kämpfen um ihren Einfluss. Ebenso sind ver-

Ebola und Imperialismus

Die aktuelle Ebola-Epidemie hat bisher zu knapp 9.000 bestätigten Infektionen und 4.200 bestätigten Todesfällen geführt. Die Ausbrüche finden vor allem im rohstoffreichen und umkämpften Osten des Landes statt, es droht eine Ausbreitung in die Nachbarländer. Gegen die aktuell verbreitete Bundibugyo-Variante gibt es keinen Impfstoff, obwohl diese seit 2007 bekannt ist. Ein riesiges Problem für die Bekämpfung ist die allgemein schlechte Sicherheitslage, Probleme mit der Infrastruktur und Budgetkürzungen bei internationalen Gesundheitsprogrammen.

Laut involvierten Expert:innen von Hilfsorganisationen wird Ebola von der Bevölkerung vor Ort nicht als die primäre Bedrohung wahrgenommen. Denn es fehlt an genügend Nahrung, Schutz vor Überfällen und Kämpfen bewaffneter Gruppen, einer funktionierenden Gesundheitsinfrastruktur, sicheren Verkehrswegen, sozialer Absicherung... Für

eine Lösung der prekären Lebensbedingungen sowie der Bedrohung durch Ebola braucht es eine Beendigung des imperialistischen Zugriffs auf die Region, die Zerschlagung der Rohstoffkonzerne und die Herstellung der Kontrolle der Bevölkerung über die immensen Reichtümer des Landes. ■

Johannes Wolf, Wien



© UNICEF/James

Frieden oder Eskalation: Wohin treibt der Krieg in der Ukraine?



Über eine Million Menschen sind bereits im Ukrainekrieg gefallen oder gelten als vermisst. Doch für Putin ist bei dieser Zahl noch Luft nach oben – und auch die EU rüstet weiter auf und will uns auf blutige Kriege vorbereiten.

Verhärtete Fronten

Der Krieg ist längst Alltag in Russland geworden. Spätestens seit die Ukraine auch Drohnenangriffe auf russische Betriebe und Lager fliegt, kann Putins Regime die Folgen der „Spezialoperation“ nicht länger verstecken. Im Zuge der Parlamentswahlen im September (welche ohne jegliche ernst zu nehmende Opposition stattfanden) beschwor Putin deshalb die „Einheit zwischen Front und Hinterland“. Wir wissen, was diese Rhetorik des „totalen Kriegs“ bedeutet: Die Arbeiter:innenklasse muss bluten für die imperialistischen Interessen. In den Betrieben sind 12-Stunden-Tage alltäglich und die Inflation grasst weiter bei über 5 %.

Doch vor allem in der Ukraine ist die Bevölkerung von den Jahren des Krieges zermürbt. In Kiew ertönen die Bombenalarme inzwischen auch tagsüber stän-

Kräfte des Landes zu bündeln, setzt Selenskyj auf alte Symbole des ukrainischen Nationalismus. Wer diese Propaganda in Frage stellt, setzt sich einer brutalen Repression aus. So der trotzkistische Aktivist Bogdan Syrotjuk, der schon im April 2024 festgenommen und im August dieses Jahres zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde. Als Mitglied der „Jungen Garde der Bolschewiki-Leninisten“ (verbunden mit der deutschen SGP), hatte er 2023 die Verehrung von NS-Kollaborateuren wie Bandera kritisiert und sprach sich für die Einheit der russischen und ukrainischen Arbeiter:innenklasse aus. Dafür steckt er heute unter dem Vorwurf des „Hochverrats“ im Knast. Wir fordern seine Freilassung!



(Foto: Bundesregierung/Tobias Koch)

struktur einen Krieg gegen den Westen führen. Das rechtfertigt die eigene Aufrüstung, die der Ukraine überhaupt nicht hilft, aber die Kriegsspirale weiter antreibt: Deutschland investiert Milliarden in einen Nordseehafen und Polen will einer neuen amerikanischen Militärbasis Platz bieten.

Doch auch an anderer Stelle ringt man um Einfluss: So behauptete Kanzler Merz letztes Jahr, die Region um Kasachstan suche „Nähe zu uns“ – besser trifft es wohl die Formulierung, dass der westliche Imperialismus Nähe zu Putins einstigen rohstoffreichen Partnern sucht. Eine weitere Region, in der sich der Wirtschaftskrieg verschärft.

... wir schon!

Ein Ende können diesem blutigen Drama um Einfluss, Rohstoffe, Lieferketten, Nationalismus und imperialen Ansprüchen nur die Arbeiter:innen machen. Die Vernetzung unter Ukrainer:innen, um den Greiftruppen der Armee zu entgehen, sind ein wichtiges Zeichen, dass diese nicht länger sterben wollen unter der Führung von Selenskyj, dem Vertreter der ukrainischen Oligarch:innen und der Interessen des westlichen Imperialismus. Der Kapitalismus wird niemals Frieden bringen – nur die internationale Solidarität! ■

Lorenz Wassier, Berlin und
Jonas Schmidt, Mannheim

»» Ein Friedensvertrag würde zum jetzigen Zeitpunkt eine Teilung der Ukraine bedeuten. Ob Selenskyj sich auf diese einlässt, ist fragwürdig. Ob die Ukraine dies überhaupt noch selber bestimmen kann, noch mehr. ««

dig und der Armee fällt es zunehmend schwer, neue Soldat:innen zu finden. Ein „Sieg“ scheint in weiter Ferne. Ein Friedensvertrag würde zum jetzigen Zeitpunkt allerdings wohl auch eine Teilung der Ukraine bedeuten. Ob Selenskyj sich auf diese einlässt, ist sowieso fragwürdig. Ob die Ukraine dies überhaupt noch selber bestimmen kann, noch mehr. Die inländische Opposition hingegen gibt sich bescheiden und wartet ab.

Öffentlich kann die Debatte über Krieg und Frieden dabei genauso wenig stattfinden wie in Russland. Um die letzten

Die EU will keinen Frieden ...

Der aussichtslosen Lage zum Trotz versichert die EU hingegen weiter ihre „bedingungslose Unterstützung“ für die Ukraine und fährt weiter einen harten Kurs gegen Russland. Auch wenn sich der deutsche Außenminister Wadehpul Ende September am Rande der UN-Generalversammlung zu einem unbedeutenden Austausch mit Amtskollegen Lawrow traf, spitzt sich die Rhetorik der „hybriden Kriegsführung“ seit dem Drohnenvorfall von Leipzig weiter zu. Dabei behauptet die deutsche Regierung, Russland würde versteckt mit Cyberangriffen und Angriffen auf die Infra-

Massenproteste in Spanien wegen hoher Mieten: Maricarmen, no estás sola! – Maricarmen, du bist nicht allein!

Ende September begann die Bewegung, als die 87-jährige Maricarmen aus ihrer Wohnung in Madrid zwangsgeräumt wurde. Der Investor hatte die Miete um 275 Prozent auf 2.650 Euro erhöht.

Maricarmen kämpfte jahrelang gegen die Räumung, unterstützt vom Sindicato de Inquilinos, einer Mieterorganisation, die nicht nur konkrete Probleme aufgreift, sondern auch für das Recht auf Wohnen mobilisiert. Bilder der Rentnerin, die auf einer Trage aus der Wohnung gebracht und wegen Erschöpfung ins Krankenhaus eingeliefert wurde, verbreiteten sich schnell. Unter dem Motto „Ni una Maricarmen más“ („Keine weitere Maricarmen“) lösten sie eine landesweite Protestwelle aus. Auch in kleineren Städten gingen spontan viele Menschen auf die Straße, die zuvor nicht beteiligt waren. In Madrid entstand auf der Puerta del Sol ein Protestcamp mit Dutzenden Zelten; inzwischen gibt es Camps in einem Dutzend Städten, darunter Barcelona und Sevilla. In Granada wurde nahe der Universität ein Camp errichtet, nachdem bekannt wurde, dass auch dort einer älteren Frau die Räumung droht und der Manager des Wohnungsinvestors Professor an der Uni ist. Die Studis fordern unter anderem die Enteignung von Wohnraum und leerstehenden Wohnungen, die Senkung der Mieten um 80%, sowie das Verbot von Zwangsräumungen.

Uns wird oft erzählt, das Problem seien einzelne Mieter. Tatsächlich liegt ein großer Teil des Wohnraums in den Händen weniger privater Unternehmen, Banken und Investmentfonds, die mit Wohnungen Gewinne machen und

auf steigende Preise spekulieren. Zugleich sind die Mieten viel schneller gestiegen als die Löhne. Immer mehr Menschen geben einen Großteil ihres Einkommens fürs Wohnen aus und haben am Monatsende kaum noch etwas zum Leben.

>> Doch die Mobilisierungen wegen der hohen Mieten rücken die sozialen Fragen ins Zentrum und zeigen die Solidarität der Jugend und der Arbeiter:innenklasse. <<

Wohnen darf aber keine Ware sein, mit der einige wenige immer größere Profite machen, während die Mehrheit sich das Leben nicht mehr leisten kann. Maricarmens Kampf ist daher Teil des Kampfes für bezahlbare Wohnungen, höhere Löhne und ein Leben in Würde.

Die Regierung des Sozialdemokraten Sánchez wollte die Protestwelle eindämmen und ließ im Parlament über zwei Mieterschutzgesetze abstimmen. Beide wurden abgelehnt. Am folgenden Tag, dem 3. Oktober, gingen 500.000 Menschen in Madrid auf die Straße; in 50 weiteren Städten wurde protestiert.

Daraufhin setzte Regierungschef Sánchez vorgezogene Parlamentswahlen für den 29. November an. Die Regierung war schon vorher am Ende: zu viele Korruptionsskandale, keine echten Lösungen für die Probleme von Jugend und Arbeiter:innen bei Löhnen, Wohnen und Renten sowie Komplizenschaft mit der extremen Rechten bei der Hetze gegen Migrant:innen, vor allem in Ceuta. Das hat Spaniens extrem rechte Partei gestärkt. Doch die Mobilisierungen wegen der hohen Mieten rücken die sozialen Fragen ins Zentrum und zei-

gen die Solidarität der Jugend und der Arbeiter:innenklasse.

Sánchez hofft, die Aufmerksamkeit auf die Wahlen umzulenken und die Bevölkerung dazu zu bringen, aus Ablehnung der extremen Rechten seine alte Regierung als „kleineres Übel“ zu wählen. Ein

riskantes Manöver. Doch die Menschen sind nicht dumm: Die seit mehr als zwei Wochen andauernde Massenbewegung zeigt, dass sie der Regierung nicht blind folgen – einer Regierung, die in acht Jahren nichts an ihrer Lage verbessert hat.

Unter dem Druck der Bewegung haben nun auch die bürokratischen Gewerkschaftsführungen von CCOO und UGT für den 11. November zum Generalstreik aufgerufen – dem ersten seit 14 Jahren.

Maricarmen ist inzwischen im Krankenhaus gestorben. Das hat die Proteste weiter angefacht: „Ihre Profite! Unsere Toten!“. Die Aktivist:innen setzen nun ihre Kraft in den Aufbau des Generalstreiks durch die Schaffung von Streikkomitees. Entscheidend ist, die Selbstorganisation der Bewegung zu stärken, damit sie weder von linken parlamentarischen Parteien, die die Wohnungsbewegung für den Wahlkampf ausnutzen wollen, noch von bürokratischen Gewerkschaftsapparaten abhängig ist, sondern ihre eigene Kraft für ihre eigenen Forderungen entwickelt. ■

Artikel unserer Genoss:innen von IZAR
(Spanischer Staat)

Übersetzung: Sabine Müller, Berlin



Frankreich: Der Aufstand der Schüler:innen weitet sich aus

Nach der „Kakerlaken“-Bewegung in Indien und gleichzeitig zur Bewegung in Chile sind seit zwei Wochen die Schüler:innen Frankreichs auf der Straße und wehren sich gegen ein marodes Schulsystem sowie soziale Kürzungen. Während die bürgerliche Presse gegen die „Randallier“ hetzt, entsteht eine Jugendbewegung, die ihre eigene Zukunft in die Hand nimmt.



Rund um den 23. und 24. September begannen Schüler:innen in den Pariser Vororten (welche oft soziale Brennpunkte sind), ihre Schulen im Protest gegen die maroden Gebäude, fehlende Investitionen und Rassismus zu besetzen. In kurzer Zeit weitete sich die Bewegung landesweit aus, sowohl auf Eliteschulen, als auch auf viele (Berufs)schulen aus Arbeiter:innenvierteln. Dabei ist die immense Polizeigewalt, die ein selten dagewesenes Ausmaß erreichte, zu einem Katalysator der Bewegung geworden, die längst nicht mehr nur einzelne Forderungen stellt. Sie ist ein Ausdruck davon, dass die Jugend die kapitalistische Gesellschaft satt hat! Auch die Ablehnung der Militarisierung und des Rechtsrucks bewegen die Schüler:innen, die zuvor oft keine politischen Erfahrungen hatten.

Die Repressionen gegen die Bewegung sind dabei enorm (noch stärker als bei den Gelbwesten!): Über 5000 Festnahmen, Gummigeschosse, die direkt ins Gesicht geschossen werden und der Einsatz von Tränengasgranaten sind nur einige Beispiele aus dem Arsenal der Polizei, die den Kampf gegen die

Jugendlichen mit aller Härte führt. Zugleich wurden die Schulen von den Schulleiter:innen geschlossen und Kundgebungen wurden verboten. All diese Maßnahmen richten sich gegen eine Bewegung, die sich noch erweitern könnte und versuchen deshalb, die Schüler:innen einzuschüchtern. Die

heit der Bewegung ist nicht Teil von bestehenden Organisationen. Doch genau diese Organisation der Basis ist notwendig, um sich gegen solche Fallen zu behaupten. Erste Schritte dahin sind die Vollversammlungen der Schüler:innen und lokale wie bundesweite Koordinierung.

» Auch die Ablehnung der Militarisierung und des Rechtsrucks bewegen die Schüler:innen, die zuvor oft keine politischen Erfahrungen hatten. «

Hetze in den Medien über die „Gewalt“ der Bewegung ist ein weiterer Versuch, die (klein)bürgerlichen Schulen und Vorortschulen der Arbeiter:innenklasse gegeneinander aufzuspielen. Aber Fakt ist, dass das alles die Bewegung nicht schwächt, selbst Onlinekurse werden erfolgreich blockiert - oft durch solidarische Lehrer:innen, die sich weigern, zu unterrichten. Und die Studierenden der Unistädte schließen sich der Bewegung an. Auch Eltern sowie Basisgewerkschafter:innen sind solidarisch und bilden z. B. Menschenketten, um ihre Kinder und Schüler:innen vor der Polizei zu schützen.

Verhandlungstisch oder Selbstorganisation?

Da die Repression nicht ausreicht um die Bewegung zu „besänftigen“, versucht sich Macron im „sozialen“ Gespräch, welches er am 2. Oktober ausrief. Zugleich will die Regierung noch keine Zugeständnisse machen. Einziges Angebot ist das lose Versprechen von 3.000 „Vertretungslehrer:innen“, damit die Schüler:innen an den Verhandlungstisch kommen. Manche Schüler:innengewerkschaften, die der französischen Linkspartei „La France Insoumise“ (LFI) nahestehen, richten sich nach dieser Perspektive, doch die Mehr-

Oktober 26, neuer Mai 68?

Ein Großteil der Bewegung fragt sich, wie sie den Druck auf die Regierung ausweiten kann und will dafür zusammen mit den Arbeiter:innen auf die Straße gehen. Denn die anstehenden Kürzungen betreffen alle Bereiche der Gesellschaft. Dabei erwies sich die Gewerkschaftsbürokratie nicht als ein verlässlicher Partner des Protests, denn sie versucht sich von den „gewalttätigen“ Protesten abzugrenzen und will nach einem ersten Aktionstag am 6.10 einen wirklichen Streiktag erst am 5.11. (!) ausrufen! Genauso wie die Schüler:innen und Studierenden müssen sich die Arbeiter:innen an der Basis selbst organisieren. In einigen Bereichen wie in den Krankenhäusern und beim Pflegepersonal gibt es den Versuch, sich in der Bewegung zu verankern. Zugleich gibt es für den 17.10. einen solidarischen Demoaufruf, der aus der Bewegung der „Gelbwesten“ kommt. Mehr denn je müssen sich die Kämpfe verbinden, um erfolgreich zu sein! ■

Eva Ruth, Hamburg

Stand: 10.10.2026

Mehr über die Bewegung auf
sozialismus.click

Nie, nie, nie wieder Wehrpflicht!

Am 25. September wurden bundesweit die Schulen bestreikt. Zum vierten Mal waren viele Zehntausende Schülerinnen und Schüler auf der Straße um gegen die Wehrpflicht zu demonstrieren. Zwei Wochen zuvor hatte das Verteidigungsministerium bekannt gegeben, dass seit Juli schon Musterungen an Jugendlichen durchgeführt wurden, welche im Fragebogen bei der Interesse an der Bundeswehr 0/10 angegeben hatten. Zwangsmusterungen wurden zuvor erst für Juli 2027 angekündigt. Dies zeigt erneut, dass eine Freiwilligkeit nie das Ziel war.

Auch das Datum wurde bewusst gewählt, denn am 26. September, einen Tag später, fanden enorme Sozialproteste statt. Die sogenannte „Hart verdient!“ Aktion wurde vom DGB in mehreren Städten geplant. Über Hunderttausend Menschen gingen hierbei auf die Straße um gegen den Sozialabbau zu demonstrieren.

Hamburg: Während Hamburger:innen besonders in Arbeiter:innenvierteln wie Wilhelmsburg vom 24. bis 26. 9. Hub-schrauber über ihren Köpfen hörten, haben sich über 6.000 Schüler:innen versammelt und ihre Ablehnung der Militarisierung deutlich gemacht. Mehrere Zubringerdemonstrationen aus Eimsbütteler Schulen mündeten in eine kämpferische Demonstration, auf der es hieß: „Alle zusammen gegen Red Storm Charlie!“ Am Tag darauf haben sich auch Mitglieder des Schulstreikkomitees an der Zubringerdemo der DGB-Jugend beteiligt, denn der Kampf gegen Kürzungen und „Reformen“ braucht antimilitaristische und antikapitalistische Perspektiven.



Auch in **Düsseldorf** wurde gestreikt. Mit über 100 Menschen ging es durch die Innenstadt. Im Vergleich zum Mai waren mehr Schülerinnen und Schüler dabei. Der Slogan „Kürzung, Zwangsdienst, Vaterland – uns're Antwort: Widerstand“ knüpfte auch hier an die Sozialproteste an.

Diesmal waren in **Berlin** mit mehreren Tausend Menschen weniger Leute auf der Straße als bei vergangenen Streiks. Die Demos waren trotz guter Beteiligung von Schüler:innen eher von Erwachsenen und Linksradikalen dominiert. Es ist schwierig, Schüler:innen tatsächlich an ihren Schulen zu organisieren. Die Proteste in Frankreich zeigen jedoch, dass dies notwendig ist, um gegen ein schlechtes Schulsystem und die Wehrpflicht zu protestieren.



In **Wien** gab es am 9. 10. ebenfalls eine Schülerinnen-Demo – nicht gegen die Wehrpflicht, sondern gegen das Kopftuchverbot für unter 14-Jährige an Schulen. Insgesamt waren 2.000 junge Menschen, vor allem Schüler:innen, aber auch Linksradike und Lehrer:innen auf der Straße. Neben dem Kopftuchverbot richtete sich der Streik auch gegen die Militarisierung, den Genozid in Gaza und die schlechten Bedingungen an den Schulen. Viele Schüler:innen hatten sich an ihren Schulen in Komitees organisiert und gemeinsame Anreisen geplant. Insgesamt war die Stimmung kämpferisch und gut.

Der **nächste Streik ist für den 20. November** angekündigt und auch hier ist es wichtig, unsere Kräfte zu vereinen und zusammen auf die Straße zu gehen, denn die geplante „Kriegstüchtigkeit“ wird uns alle betreffen. Ein Blick nach Frankreich zeigt uns, dass Schüler:innen-Proteste echten Druck auf das kapitalistische System ausüben können.

Rheinmetall Entwaffnen – aber wie?

Das Rheinmetall-Entwaffnen-Camp in Köln hat Anfang September erneut Tausende erreicht, allein an der Abschlussdemo nahmen laut WDR 3.000 Menschen teil. Am Ende standen Hunderte im Polizeikessel, und die Sanitäter:innen zählten 227 Behandlungen. Doch welche politischen Perspektiven hat das Projekt?



Das Aktionsbündnis wächst personell wie inhaltlich: 2018 lautete die Hauptforderung noch „Demilitarisierung aller Rüstungskonzerne“. Im Aufruf 2026 heißt es wiederum, Militarisierung bedeute „nicht nur Produktion und Export von Waffen, sondern dass alle Bereiche des Lebens kriegstüchtig gemacht werden, Betriebe, Schulen, Krankenhäuser“. Anstatt individueller Konzernkritik steht inzwischen der Kapitalismus als Kriegssystem im Ganzen im Fokus.

Das Bündnis versteht sich ausdrücklich als Vorschlag an die linke Bewegung und ist zu einem Kristallisationspunkt antimilitaristischer Politik geworden. Die Offenheit der Ausrichtung auf einen „basisdemokratischen Horizont“ macht es möglich, ein breites Spektrum der Linken zu gemeinsamer Aktion zu bewegen, ohne sich in Debatten zu verlieren. Gerade in den Blockaden stellt sich jedoch die Frage, was „Entwaffnen“ eigentlich heißt.

Denn die Rüstungsindustrie boomt, und immer mehr schwächelnde Industriekonzerne stellen auf Rüstungsproduktion um. So sollen im VW-Werk Osnabrück bei der anstehenden Schließung 1.400 der 1.800 Stellen erhalten bleiben – allerdings nur, um Waffen für einen israelischen Konzern zu produzieren. Bei Pierburg in Berlin-Wedding wechselten einige Hundert Beschäftigte in die Munitionsproduktion. Betriebsräte und Gewerkschaften werten das als

Erfolg: Aus Sicht der Kolleg:innen scheint der Erhalt ihres Arbeitsplatzes durchaus wichtiger als die Frage, was genau produziert wird.

„Entwaffnen“ heißt dabei konkret: Keine Rüstungsgüter herstellen. An den Staat ist die Forderung nicht gerichtet. Dieser füllt selbst die Auftragsbücher von Rheinmetall und Co. durch die massiven Investitionen der „Zeitenwende“, und in Osnabrück ist das Land Niedersachsen mit 20 Prozent an der Umstellung beteiligt.

Eine praktische Antwort liefert die Blockade. Dabei muss zwischen Infrastruktur, ob militärisch oder zivil, und privaten Rüstungsunternehmen unterschieden werden. Vom 24.-26. September fand in Hamburg die NATO-Übung „Red Storm Charlie“ statt. Erprobt wurde, wie der Hamburger Hafen im „Ernstfall“ als logistische Drehscheibe für Material und Truppenbewegungen dient und wie zivile Behörden eingebunden werden. Begleitet wurde die Übung von zahlreichen Protest- und Blockadeaktionen. Wenn öffentliche Infrastruktur, wie die Hamburger Hafenbahn, zwölf Stunden lang blockiert

Bei Unternehmen wie Rheinmetall stellt sich die Frage anders. „Entwaffnung“ zu fordern ist nichts anderes, als Kontrolle darüber zu fordern, was produziert wird. Die Macht über den Produktionsprozess wird also vorausgesetzt. Die Blockaden sind zwar keinesfalls symbolisch, aber sie verändern auch nicht die Besitz- und Machtverhältnisse bei der Produktion, sondern stellen nur für die Werkstore die Machtfrage. Nach ein paar Stunden läuft der Betrieb weiter. Auffällig ist dabei, dass die Beschäftigten nicht als Teil der Aktion gedacht werden. Der Widerspruch, wie in jeder anderen Industrie auch, verläuft zwischen Eigentümer:innen und Belegschaft – zwischen der herrschenden und der arbeitenden Klasse –, aber bei den Blockaden scheint es, als würde er zwischen Aktivist:innen und dem ganzen Betrieb ausgetragen, inklusive der Beschäftigten. Die Blockade geht politisch über sie hinweg und trifft sie gleichzeitig doch, und zwar bei der Frühschicht auf dem Weg zur Arbeit. Das Bild von den Klebeaktionen von Klimaaktivist:innen, die vor allem Pendler:innen treffen, drängt sich auf.

» Die Blockaden sind zwar keinesfalls symbolisch, aber sie verändern auch nicht die Besitz- und Machtverhältnisse bei der Produktion, sondern stellen nur für die Werkstore die Machtfrage. «

wird, wie es bei Red Storm Charlie der Fall war, dann trifft es den Staat bei seinen Kriegsvorbereitungen. Auch das Einüben von Repressionsmaßnahmen gehört zu diesen Vorbereitungen dazu, und die Blockade als Aktionsform lehrt den Umgang damit. Sie ist jederzeit durchführbar und wirkt sofort auf die militärischen Abläufe und die Bewegung von Rüstungsgütern.

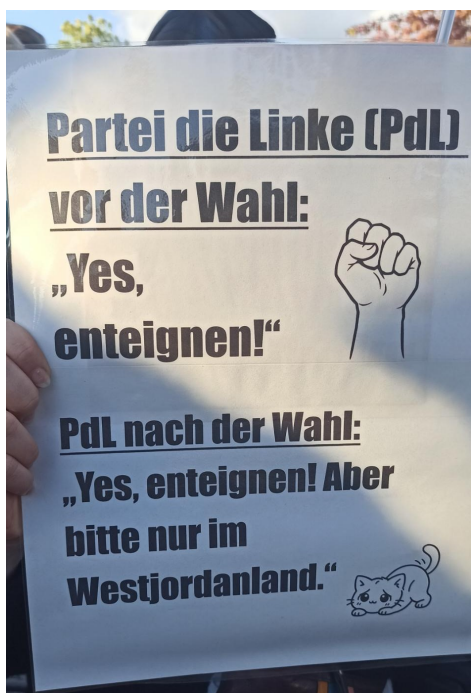
Die Entschlossenheit der antimilitaristischen Aktivist:innen ist bewundernswert. Doch der Weg muss über die Organisation und Überzeugung der Beschäftigten führen. Sie sind es, die die Produktion tatsächlich und dauerhaft zum Erliegen bringen und im Sinne einer friedlichen Gesellschaft umgestalten können. ■

Jakob Helpenstein, Düsseldorf

Linkspartei in Berlin: Hoffnung oder Sackgasse?

In Berlin hat die Partei Die Linke (PDL) 25,7 % der Stimmen bekommen (bei den unter-24-Jährigen sogar 43 %). Damit ist sie mit Abstand stärkste Kraft vor CDU (18,8 %), AfD (16,3 %), Grünen (14,3 %) und SPD (12,1 %). Seither gab es einen Shitstorm von Seiten der anderen Parteien und der großen Medien, der vor allem eins bewirken soll: Die Linkspartei unter Druck zu setzen.

Der Wahlkampf in Berlin war stark geprägt von der Wohnungsfrage. Die durchschnittlichen Angebotsmieten haben sich seit 2012 mehr als verdoppelt: auf 16,25 € pro m² netto kalt. Die Linkspartei hat im Wahlkampf versprochen Immobilienkonzerne zu enteignen. Zur Erinnerung: Der Volksentscheid dazu hatte 2021 in Berlin eine Mehrheit von 59,1 % bekommen – und die PDL war an der Regierung beteiligt, die ihn nicht umgesetzt hat. Nun hat sie versprochen ihn umzusetzen. Die SPD hingegen hat im Wahlkampf Enteignungen ausgeschlossen. Die PDL hat mehr als doppelt so viel Stimmen bekommen wie die SPD. Aber was ist zu erwarten?



Elif Eralp, die Spitzenkandidatin der PDL, sieht sich gerne als Mamdani (der New Yorker Bürgermeister vom linken Flügel der Demokratischen Partei) von Berlin. Auf jeden Fall will Eralp regieren und das geht nur im Bündnis mit Grünen und SPD. Was das heißt, wissen wir in Berlin zur Genüge. Diese beiden Parteien könnten aber auch mit der Wahl-

verliererin CDU eine Regierung bilden. Bevor mit der PDL Sondierungsgespräche (als Vorstufe zu Koalitionsverhandlungen) aufgenommen wurden, gab es eine unglaubliche Hetzkampagne insbesondere gegen den Bezirksverband Neukölln der PDL, der als besonders radikal und palästinasolidarisch gilt.

» Schon das erste Papier einer möglichen „Links“-Regierung zeigt, wie illusorisch es ist, von diesen Parteien eine Lösung unserer Probleme zu erwarten. «

Eine Geste der Unterwerfung

Und die Linken-Führung ist eingeknickt, indem sie eine Vereinbarung unterschrieben hat, die es in sich hat: Im Kampf „gegen Antisemitismus“ – wie die letzten Jahre deutlich gezeigt haben, ist damit leider der Kampf gegen die palästinasolidarische Bewegung gemeint – sollen Polizei und Verfassungsschutz gestärkt werden und „die erforderliche Ausstattung erhalten“. Die Universitäten sollen „das Hausrecht konsequent anwenden“ (falls es zu Palästina-Solidarität auf den Campus kommt). „Israelbezogener Antisemitismus“ soll „klar benannt“ werden (ein Begriff mit dem regelmäßig Israelkritik als „antisemitisch“ gelabelt wird). Und während es kein Wort zum Völkermord und zur Vertreibung der Palästinenser:innen gibt, werden die Zwei-Staaten-Lösung und das „Existenzrecht Israels“ zu Grundsätzen erklärt, bei deren Missachtung die unterschreibenden Parteien „bis hin zum Ausschluss von Mitgliedern“ tätig werden sollen. Erste Ausschlussverfahren innerhalb der Linkspartei laufen bereits. Diese Erklärung enthält keine einzige Verpflichtung für soziale Maßnahmen, Rücknahme von Kürzungen oder Ähnliches, sie ist eine Unterwerfung unter das „Weiter so“

unsozialer Politik und des Kampfs gegen soziale Bewegungen wie die Palästina-Bewegung.

Wir haben als Jugend und Arbeiter:innenklasse Tausende Probleme mit Mieten, ÖPNV, Jobs, Kitas, Schulen u. v. m. Doch schon das erste Papier ei-

ner möglichen „Links“-Regierung zeigt, wie illusorisch es ist, von diesen Parteien eine Lösung zu erwarten. Bezahlbare Mieten und ein lebenswertes Leben müssen wir uns erkämpfen: durch Mobilisierungen auf der Straße, so wie zurzeit in Spanien oder Frankreich!

Falsche Hoffnungen in die PDL haben bisher nur zur Demobilisierung beigetragen: So war die Berliner Mietendemo im September deutlich kleiner als entsprechende Demonstrationen in früheren Jahren.

Die Kriminellen des Berliner Immo-Clans und andere Kapitalist:innen brauchen gar keine Angst vor Eralp und einer PDL-geführten Regierung zu haben, aber vielleicht haben sie Sorgen vor dem rebellischeren linken Flügel, der deshalb gestutzt werden soll. Aber erfolgreich rebellieren gegen die herrschenden Zustände kann man sowieso nicht mit einer Partei, die seit Jahrzehnten nichts anderes macht als in Landesregierungen linke Inhalte zu verraten. Linkes Engagement benötigt eine revolutionäre Perspektive unabhängig von der Linkspartei! ■

Richard Lux, Berlin

Nach Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern: Wie den Aufstieg der AfD stoppen?

Die rechtsextreme AfD ist bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (MV) wie schon in Sachsen-Anhalt¹ (SAn) stärkste Kraft geworden. In Sachsen-Anhalt fehlen ihr nur 3 Sitze zur absoluten Mehrheit und sie könnte dort die kommende Regierung stellen. Wie ist es dazu gekommen und welche Strategie ist nötig im Kampf gegen rechte Ideen?

Die Wahlen in MV waren vor allem deshalb eine Zäsur, weil die CDU zum ersten Mal überhaupt an der 5%-Hürde gescheitert ist. Trotz des Sieges der AfD wird es höchstwahrscheinlich wieder eine SPD-geführte Landesregierung geben.

In SAn hingegen war die Wahl des AfD-Mannes Rausch zum Parlamentspräsidenten am 7. 10. ein Schritt hin zu einer Landesregierung der AfD. Denn er bekam 4 Stimmen mehr als die Fraktionen von AfD und BSW (das Bündnis Sarah Wagenknecht hatte schon eine Zusammenarbeit mit der AfD signalisiert), es gibt also „Überläufer“ in den Reihen der CDU-Fraktion.

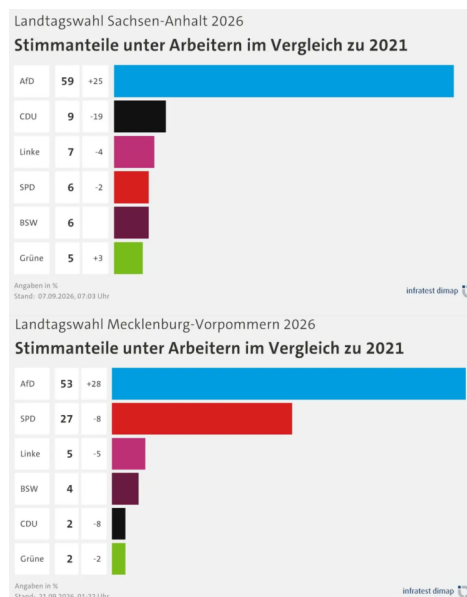
Die „Brandmauer“ zerbröckelt. Nachdem die CDU schon jahrelang rassistische AfD-Politik in der Regierung umgesetzt

hat, ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis sie das auch gemeinsam tun.

Aber auch die Vorstellung, dass die „demokratischen“ Parteien gemeinsam die AfD aufhalten, ist krachend gescheitert.

Denn es ist die Regierungspolitik von Merz und Klingbeil, aber auch von der Ampel, die die AfD so groß gemacht hat. Sie sind verantwortlich für die soziale Ungerechtigkeit im Land!

SAn und MV gehören zu den Bundesländern mit den niedrigsten Löhnen. Besonders viele Arbeiter:innen haben AfD gewählt. Darin besteht die Gefahr: Dass die berechtigte Wut und der Frust über die herrschende Politik so viele Kolleg:innen in die Arme der AfD treibt, der Partei von Millionärin Alice Weidel,



einer Partei, die die Arbeitenden spaltet und auffordert nach unten zu treten, statt sich gegen die Reichen und Konzerne zu organisieren.

Viele Menschen haben Angst vor einer AfD-geführten Landesregierung. Was tun? Die Linkspartei hatte sich noch am Wahlabend bereit erklärt, eine CDU-geführte Anti-AfD-Regierung zu stützen. Doch das ist der völlig falsche Weg. So eine Regierung könnte selbst nur rechte Antworten bieten und den Rechtsruck weiter befeuern.

Es gibt keinen Ausweg im Magdeburger Landtag, das zeigt einmal mehr, dass der Parlamentarismus eine Sackgasse ist! Das Entscheidende ist sich zu organisieren, um jede reaktionäre Maßnahme einer zukünftigen Regierung in SAn bekämpfen zu können, egal ob diese von der AfD oder der CDU geführt wird! ■

Richard Lux, Berlin

¹ Mit dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt haben wir uns schon in der letzten Ausgabe der Aurora beschäftigt: <https://www.sozialismus.click/der-aufhaltsame-aufstieg-des-ulrich-siegmund/>

Unsere Kandidatur für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung

Wie in der letzten Ausgabe der Aurora berichtet², sind wir bei den Berliner Wahlen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg zur kommunalen Bezirksverordnetenversammlung (BVV) angetreten.

Unser Ziel dabei war es, revolutionäre Antworten auf die vielen Probleme der Arbeitenden und Jugendlichen zu geben. Wir haben deutlich gemacht, dass diese Antworten – ein entschiedenes Kampfprogramm für unsere Lebensinteressen – nicht durch einen Stimmzettel umgesetzt werden können, sondern nur durch kollektive Organisation und Mobilisierung.

Insofern ging es uns auch nicht darum, in die BVV einzuziehen, sondern mit Wahlplakaten und Infoständen im Wahlkampf präsent zu sein und mit möglichst vielen Menschen politisch ins

Gespräch zu kommen.

In dieser Hinsicht war unser Wahlkampf für uns ein Erfolg: Wir haben viele neue Interessent:innen kennengelernt, die uns mit zum Teil großem Engagement auch beim Wahlkampf unterstützt haben.

Am Ende haben uns 323 Wähler:innen ihre Stimme gegeben und damit zum Ausdruck gebracht, dass sie unsere revolutionäre Botschaft erreicht hat.

Gerade angesichts der absehbaren Sackgasse einer linken Regierungsbeteiligung (siehe nebenstehenden Artikel) ist es wichtig, revolutionäre Alternativen sichtbar zu machen! ■

R. L.

² www.sozialismus.click/revolutionaere-kandidatur-in-berlin/

Bedroht die KI die Menschheit? Oder sind es doch die Techkonzerne?

Im Juli kam es zum sogenannten „Hugging Face“ Vorfall, bei dem KI-Agenten aus ihrer Testumgebung ausgebrochen sind und fremde Systeme gehackt haben. Seitdem wird viel über die Gefahren von KI und Vernichtungsszenarien diskutiert. Ist KI außer Kontrolle? Kann uns eine Regulierung retten?

Zahlreiche US-Techkonzerne sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu dominanten Kräften des globalen Kapitalismus aufgestiegen. Sie verfügen über einen direkten Draht zu US-Präsident Trump und sind wichtige Verbündete im Kampf des US-Imperialismus gegen den aufstrebenden Rivalen China (siehe Artikel in Aurora 65). Das Wachstum der US-Wirtschaft hängt heute fast ausschließlich am Boom von Big Tech und KI. Wenn diese Unternehmen jetzt nach einer Regulierung durch den Staat rufen, gilt es genau hinzuschauen.

KI und die Vernichtungs- erzählungen

KI, also letztlich Software, hat kein Bewusstsein und verfügt über keine eigenen Absichten. Sie kann aus sich heraus keinen Wunsch entwickeln die Menschheit zu vernichten. Das wird auch beim „Hugging Face“ Vorfall klar: die KI hat lediglich, wie befohlen, beharrlich versucht die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. Dass die KI aus der Testumgebung ausbrechen konnte und fremde Systeme gehackt hat, ist auf mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen beim Entwickler OpenAI zurückzuführen. Es sollen Kosten gespart und gleichzeitig die eigenen Modelle weiterentwickelt werden, um vorne mit dabei zu sein.

Hinter den Warnungen vor einer drohenden Vernichtung durch KI stecken mehrere Dinge. Zum einen handelt es sich um Marketing, um die Leistungsfähigkeit der eigenen Modelle zu bewerben und Kund:innen wie Investoren zu gewinnen. Zum anderen wird mit Untergangsszenarien von den realen Problemen abgelenkt, die KI und Techkonzerne schon heute verursachen, (Ressourcenverbrauch, Abbau von Arbeitsplätzen, Überwachung, Einsatz in der

modernen Kriegsführung, Verbreitung von gefakten Darstellungen und Informationen, der Einsatz diskriminierender Modelle zum Ausschluss von Menschen z. B. im Sozialsystem und bei Versicherungen ...). Natürlich kann es zu Zwischenfällen kommen, die durch Probleme mit KI-Modellen ausgelöst werden (so wie bei anderer Software und Steuerungen auch), aber die Weltuntergangserzählungen

lenken von den Dingen ab, die das Leben auf unserem Planeten real bedrohen: Klimakatastrophe, Hunger, Kriege ... Und sie lenken davon ab, dass mit dem KI-Boom Geld gerade in einen Bereich fließt, der diese Probleme noch befeuert, statt sie zu lösen.

Regulierung?

Mit dem Ruf nach Regulierung, der von mehreren Chefs von KI-Firmen im Gleichklang verlautbart wurde, soll die Verantwortung an den Staat abgeschoben werden: wenn etwas schiefgeht, ist es dessen Schuld, weil er nicht reguliert hat. Außerdem geht es darum, das eigene Geschäftsmodell gegen alternative KI-Modelle abzusichern, die auf Open Source basieren (wie sie etwa in China entwickelt werden). Wenn die Regulierung Open Source Modelle als gefährlich und unberechenbar einstuft, bleiben nur mehr kommerzielle, vermeintlich sichere Anbieter übrig. Dahinter steckt ein grundlegendes Problem des aufgeblasenen KI-Booms: wie sollen die tausenden Milliarden Dollar an Kapital die bereits ausgegeben wurden und noch werden je profitabel zurückfließen? Alleine Abomodelle für KI-Agenten werden dauerhaft nicht genügend Profit abwerfen...

Regulierungen im Kapitalismus haben



KI kann solche Bilder produzieren.
Aber kann sie uns vernichten wollen?

nicht das Potential die zerstörerische Dynamik des Systems zu brechen. Und die Geschichte zeigt, dass die Kapitalist:innen alles weiterlaufen lassen, auch wenn sie genau wissen, was sie damit anrichten. Die Ölkonzerne wussten seit den 1970ern genau über den Klimawandel Bescheid. Das gleiche galt und gilt für Tabakkonzerne, Rüstungskonzerne, die Nahrungsmittelindustrie und Big-Tech.

Big Tech enteignen! Kapitalismus stürzen!

KI hat auch viel positives Potential: in der Medizin, zur Vereinfachung von Arbeitsprozessen, Verbesserung von Klima- und Wettermodellen, Roboter die gefährliche Arbeiten übernehmen können... Die zerstörerischen Auswirkungen und Anwendungen von KI lassen sich nur beenden, wenn die Techkonzerne enteignet und unter Kontrolle der Arbeiter:innen und der Gesellschaft gestellt werden. Für die Lösung der großen Probleme der Menschheit müssen wir jedenfalls nicht auf eine Super-KI hoffen, sondern auf unsere Fähigkeit vertrauen, den Kapitalismus zu stürzen.

■

Johannes Wolf, Wien

KI-Rechenzentren: Profitjagd und Zerstörung

Im KI-Wettrennen von Techkonzernen und Großmächten spielt der Bau von neuen Rechenzentren eine Rolle. Die Auswirkungen sind fatal: steigende Emissionen, höhere Strompreise, zerstörte Ökosysteme, Verlust von Ackerboden ...

Das gerade in Bau befindliche Google-Rechenzentrum in Kronstorf (Oberösterreich) sorgt für mediale Aufmerksamkeit und erste Proteste. Das Beispiel zeigt exemplarisch, wie solche Projekte ablaufen und wie Konzerne sich auf Kosten der Lohnabhängigen und der lokalen Bevölkerung ihre Profite sichern wollen.

Ein ökologisches Desaster

Das Riesenprojekt wurde genehmigt, ohne dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) notwendig war. Dabei wird auf 50 Hektar (rund 75 Fußballfelder) allerbestem Ackerboden gebaut und dieser versiegelt. Das Zentrum wird nun 2,5 Mal so groß wie ursprünglich angekündigt. Für die Kühlung sollen pro Sekunde bis zu 200 Liter Wasser aus dem Fluss Enns entnommen und mit bis zu 30 Grad wieder zurückgeleitet werden, mit potenziell katastrophalen Auswirkungen auf das Flussökosystem. Zusätzlich könnten Grundwasservorräte angezapft werden – in einer landwirtschaftlich wichtigen Region, die dieses Jahr mit Dürre zu kämpfen hatte.

Das Mikroklima könnte sich um zwei Grad erhöhen, dennoch gibt es dazu kein Gutachten; genau so wenig wie zum Gesamtlärm. Und obwohl mit der Abwärme unzählige Haushalte versorgt werden könnten, ist das nicht vorgesehen. Der Stromverbrauch könnte im Vollausbau so hoch wie der aller Haushalte Oberösterreichs (über 1,5 Millionen Menschen) sein.

Mehrere Großprojekte, weniger Prüfungen

Die Politik wollte den Bau abseits des Rampenlichts über die Bühne bringen, eine Bürger:inneninitiative hat jedoch Proteste organisiert und das Thema bekannt gemacht. Doch wir sind erst am Anfang. In Österreich sind etliche

weitere Rechenzentren in Planung, etwa im Nordburgenland oder mehrere rund um Wien. Beim Netzbetreiber Austrian Power Grid (APG) sind Projekte für Rechenzentren mit insgesamt 2.500 Megawatt Leistung angefragt – das ist das Fünffache des Zentrums in Kronstorf.

In Österreich hat sich das Großkapital seit einigen Jahren dem Kampf gegen UVPs verschrieben, der unter dem

»» Das Problem mit den Rechenzentren ist ein internationales und wird uns in Zukunft noch mehr beschäftigen. ««

Schlagwort „Bürokratieabbau“ betrieben wird. Dabei hat die oft lange Dauer von UVP-Verfahren häufig mit den unvollständig und mangelhaft eingereichten Unterlagen der Projektwerber zu tun. Das Ziel ist, lukrative Großprojekte durchbringen und vorgeschriebene Ausgleichsmaßnahmen reduzieren zu können. Diesen September wurde eine von Wirtschaftsvertretern geforderte Änderung im UVP-Gesetz auf den Weg gebracht. Künftig sind zwar sehr große Rechenzentren auch UVP-pflichtig, dafür gibt es bei anderen Großprojekten erleichterte Bedingungen fürs Großkapital.

Nicht nur in Österreich



In Deutschland ist Frankfurt am Main schon heute ein Hotspot für Rechenzentren. Ein geplantes Rechen-

zentrum sollte mit einem eigenen Gaskraftwerk betrieben werden, dessen CO

-Ausstoß rund drei Viertel aller Starts und Landungen am Frankfurter Flughafen sowie des Verkehrs am Boden entsprechen würde. In den USA bekommt ein Amazon-Rechenzentrum ein eigenes Gaskraftwerk, das jährlich so viel CO wie rund vier Millionen US-Amerikaner:innen ausstoßen soll. Die EU-Kommission möchte den Bau von sieben „Gigafactories“ vorantreiben und will dafür zehn Milliarden Euro Steuer-

geld bereitstellen, insgesamt sollen 30 Milliarden Euro investiert werden. In Finnland hingegen wurde der Bau von zwei Google-Rechenzentren vorerst gestoppt – nachdem bereits hunderte Hektar Wald scheinbar ohne UVP gerodet worden waren. Das Problem mit den Rechenzentren ist ein internationales und wird uns in Zukunft noch mehr beschäftigen.

Konzerne gewinnen, Arbeitende verlieren

Für die großen Tech-Konzerne gilt es, sich (künftige) Marktanteile und Profite zu sichern – und dafür ist die Sicherung und Bereitstellung von Rechenleistung notwendig. Die Arbeiter:innenklasse verliert gleich mehrfach: Verlust von Arbeitsplätzen, steigende Energiepreise, Zerstörung lokaler Umwelt, Lärmbelästigung, weiteres Anheizen des Klimawandels... Denn die Errichtung dieser neuen Rechenzentren folgt nicht einem Plan und den Bedürfnissen der Arbeitenden, sondern ist an den Wachstums- und Profitinteressen der großen Player ausgerichtet. ■

Johannes Wolf, Wien

Heute ist kein Arbeitstag, heute ist Streiktag!

A

m größten Universitätsklinikum Deutschlands, der Berliner Charité, kämpfen Pflegekräfte und andere Berufsgruppen gegen die Auswirkungen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes. Dieses setzt Krankenhäuser und Praxen unter enormen ökonomischen Druck.

Das Gesetz enthält viele Schweinereien. Doch die Beschäftigten in den Kliniken sind besonders betroffen von den Einsparungen, die zu ihren Lasten erzwungen werden sollen. So werden Tarifsteigerungen nur noch zu 50 % über die Krankenkassen gegenfinanziert. Die Finanzierung des Pflegepersonals soll gedeckelt werden. Was das für die Häuser bedeutet, ist leicht zu erraten: noch weniger Personal, noch schlechtere Arbeitsbedingungen und noch weniger Zeit für die Patient:innen.

Die Ära der Entlastungstarifverträge ...

Nach Corona erkämpften Beschäftigte großer Kliniken Entlastungstarifverträge (TV-E), die mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen schaffen sollten – und dies teilweise auch erreichten. Nun kündigen Kliniken reihenweise diese Verträge mit der Begründung, weiterer Personalaufbau werde nicht mehr von den Krankenkassen finanziert. Die erste Klinik war die Berliner Charité.



Charité-Streikdemo, 18. 9. 2026

Dort erkämpften die Beschäftigten 2021 ihren TV-E. Er legt Höchstzahlen von Patient:innen fest, die eine Pflegekraft versorgen darf. Wird dieses Verhältnis überschritten, erhalten die betroffenen Kolleg:innen einen Ausgleich. Und der

Tarifvertrag zeigte Wirkung: Mehrere Hundert Pflegekräfte wurden zusätzlich eingestellt und auf vielen Stationen verbesserten sich die Arbeitsbedingungen. Das berichten zumindest Kolleg:innen an den Streikposten bei den Warnstreiks.

>> Dennoch beteiligten sich nach dem gerichtlichen Beschluss mehr Kolleg:innen an den Warnstreiks als zu Beginn der Streikwelle 2021, obwohl viele Streikwillige in den Notdienst wechseln mussten. <<

... muss verteidigt werden

Mit der aktuellen Tarifbewegung kehrt der Kampf an die Charité zurück. Die Kolleg:innen wollen den Entlastungstarifvertrag (TV-E) erhalten und teilweise nachbessern. Sie bereiten sich auf einen langen Arbeitskampf vor und haben Tarifverhandlungen aufgenommen. Dabei wissen sie, dass sie nicht nur für sich kämpfen: Auch Beschäftigte und

Management anderer Kliniken verfolgen die Auseinandersetzung genau.

Besonders verschlechtert werden soll der Ausgleich für Arbeit in Unterbesetzung. Bisher erhalten Pflegekräfte pro unterbesetzte Schicht einen Belastungspunkt. Fünf Punkte entsprechen 8 Arbeitsstunden, die unter anderem in freie Tage umgewandelt werden können. Diesen Gegenwert will die Charité auf nur noch 2,5 Stunden senken. Außerdem sollen die Regeln so verändert werden, dass trotz unzureichender Personalbesetzung seltener ein Ausgleich entsteht. Damit würde der wirtschaftliche Druck sinken, die Personalstärke zu verbessern oder wenigstens nicht weiter abzubauen.

Die Kolleg:innen sind überzeugt, dass sich die Arbeitsbedingungen ohne einen

wirksamen TV-E schnell wieder verschlechtern. Sie erinnern sich gut an die Zustände vor dem Tarifvertrag und wollen keinesfalls dorthin zurück. Das ist Motivation genug, trotz der Manöver der Charité in einen unbefristeten Streik zu treten.

Angriff auf Streikrecht

Auch vor Gericht müssen die Beschäftigten kämpfen: Die Charité erwirkte eine einstweilige Verfügung zu den Notdiensten und engagierte eine spezialisierte, teure Anwaltskanzlei – obwohl es in den Chefetagen bereits zahlreiche Anwälte gibt. Die gerichtlich festgelegten Notdienste erfordern teilweise mehr Personal, als für die bestreikten Dienste ursprünglich eingeplant war.

Dennoch beteiligten sich nach dem gerichtlichen Beschluss mehr Kolleg:innen an den Warnstreiks als zu Beginn der Streikwelle 2021, obwohl viele Streikwillige in den Notdienst wechseln mussten. Dazu trägt wohl bei, dass durch die Teamdelegierten die Beschäftigten eng an die Verhandlungen angebunden werden und ihnen das einen gewissen Einfluss ermöglicht.

Neben der Streikorganisation setzen die Streikenden die Politik unter Druck, ihr Streikrecht zu verteidigen. Da die Charité dem Berliner Senat gehört, soll das Thema auch in die jetzigen Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen einfließen. Aber auch in der Gewerkschaft gibt es Widerstände zu überwinden: Nicht alle Funktionär:innen begrüßen es, dass an der Charité wieder eine Tarifbewegung von unten entstanden ist. ■

9. 10. 2026, Havannas Obst, Berlin

Vor 70 Jahren – Ungarn 1956: Eine Arbeiter:innenrevolution gegen den Stalinismus

Im Jahr 1956 explodierte ein Aufstand in Ungarn, der innerhalb weniger Tage die ganze Gesellschaft umfasste. Die Bewegung richtete sich gegen die stalinistische Diktatur, die seit etwa zehn Jahren das Land beherrschte.

Der Aufstand in Ungarn war nicht das erste Mal, dass in Osteuropa gegen die von der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten Regime rebelliert wurde. Nach dem Tod von Stalin 1953 gab es den Arbeiter:innenaufstand in der DDR, den die Bauarbeiter:innen der Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee) begonnen hatten. 1956 kritisierte Chruschtschow, der neue starke Mann in Moskau, den „Personenkult“ um Stalin. Doch die Diktatur blieb und auch die Unzufriedenheit, nicht zuletzt wegen der Ausbeutung der osteuropäischen Länder durch die Sowjetunion. Zum Beispiel bezog die UdSSR polnische Kohle zu Preisen, die bis zu zehnmal niedriger lagen als der Weltmarktpreis.

Im Sommer 1956 garte es in Polen und in Ungarn. In Ungarn hatten sieben Jahre stalinistischer Diktatur (1949-1956) unter dem Joch des „ungarischen Stalin“ Mátyás Rákosi die Bevölkerung verbittert. Es waren Studierende, die als erste diese Unzufriedenheit zum Ausdruck brachten und zu einer Demonstration am 23. Oktober aufriefen, die mit 200.000 Teilnehmenden alle Erwartungen übertraf. Als die Studierenden ihre Forderungen im Radio verlesen wollten (eine davon, dass den stalinistischen Folterknechten ein öffentlicher Prozess gemacht wird), wurde von der Geheimpolizei in die Menge geschossen. Das war der Startschuss des Aufstands. Noch in der Nacht schickte die Sowjetführung ihre Armee nach Budapest mit 700 Panzern. Doch das unglaubliche geschah: Jugendliche und Arbeiter:innen leisteten 4 Tage lang bewaffneten Widerstand und schlugen die russische Armee zurück!

Räte gegen „Sowjets“

Gleichzeitig breitete sich der Volksaufstand in ganz Ungarn aus und überall im Land wurden Arbeiter:innenräte und „revolutionär sozialistische Komitees“ gegründet. Die Erinnerung an die ungarische

Räterepublik von 1919 war noch präsent.

Und auch wenn von den Revolutionär:innen der rote Stern, der als Symbol russischer Fremdherrschaft verhasst war, von Gebäuden und aus Fahnen entfernt wurde und das ungarische Wappen von Kossuth (von 1848) das Rákosi-Wappen mit rotem Stern ersetzte: Die Revolution verstand sich als sozialistisch und als Ausdruck der Interessen der Arbeitenden.

Um die Bewegung zu beruhigen, wurde am 24. Oktober Imre Nagy zum Ministerpräsidenten ernannt, weil er als reformorientierter Kommunist galt. Am 1. November erklärte Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt. Das war für die Regierung in Moskau inakzeptabel. Sie bereitete eine zweite Invasion vor. Die USA machten deutlich, dass sie nicht militärisch intervenieren würden – auch der Imperialismus hatte Angst vor einer Arbeiter:innenrevolution –, indem der Außenminister Dulles am 27. Oktober öffentlich erklärte: „Wir



Symbolischer Akt der Revolution: Zerstörung der Stalinstatue

sehen in diesen Nationen [Polen und Ungarn] keine potenziellen militärischen Verbündeten“. Das bedeutete grünes Licht für die blutige Niederschlagung.

Diese forderte über 2.500 Tote unter den Aufständischen und über 700 unter russischen Soldaten. Mehr als 350 Todesurteile wurden vollstreckt, darunter Imre Nagy, aber auch ein 15-jähriger Schüler, der nach Vollendung seines 18. Lebensjahrs erhängt wurde.

Die stalinistische Verleumdung, die Ungarische Revolution sei eine vom Westen angezettelte faschistische Verschwörung gewesen, zielte darauf ab, einen Keil zwischen die Bevölkerungen Osteuropas zu treiben, die so sehr unter dem Hitler-Faschismus gelitten hatten. Durch die Repression von 1956 erwiesen sich Stalins unmittelbare Nachfolger ebenso wie Stalin selbst als grausame Feinde jeder eigenständigen Regung der Arbeiter:innen! ■

Lorenz Wassier und Richard Lux, Berlin

VERANSTALTUNGEN

BERLIN

19:00 Uhr | Mehringhof, Gneisenaustr. 2A

Mi, 21. 10. Nieder mit Imperialismus und Militarismus. Free Palestine!

Mi, 28. 10. 1956-2026: Schüler:innen, Studierende und Arbeiter:innen an die Macht!

Mi, 04. 11. Amerikas letzte Wahlen? Wie Trump nach der Macht greift (mit Genoss:innen aus USA)

19:00 Uhr | BAVUL, Annenstraße 13

Do, 29. 10. „When ICE melts“ (documentary about the anti-ICE protests, english)

DÜSSELDORF

19:00 Uhr | Heinrich-Heine-Universität, genaue Räume werden noch bekannt gegeben

Do, 29. 10. Kann der Kapitalismus Künstliche Intelligenz überleben?

Mi, 04. 11. Amerikas letzte Wahlen? Wie Trump nach der Macht greift (mit Genoss:innen aus USA)

Do, 12. 11. „When ICE melts“ (documentary about the anti-ICE protests, english)

WIEN

19:00 Uhr | Amerlinghaus, Stiftgasse 8

Do, 22. 10. Nieder mit Imperialismus und Militarismus. Free Palestine!

Do, 29. 10. Kapitalismus stürzen. Arbeiter*innen an die Macht.

Mi, 04. 11. Amerikas letzte Wahlen? Wie Trump nach der Macht greift (mit Genoss:innen aus USA)

Do, 12. 11. „When ICE melts“ (documentary about the anti-ICE protests, english)

Hier findet ihr uns online

Deutschland

www.sozialismus.click

  [rsodeutschland](https://www.instagram.com/rsodeutschland)

Österreich

www.sozialismus.net

 [rso_organisation](https://www.instagram.com/rso_organisation)

 [rsoorganisation](https://www.facebook.com/rsoorganisation)



Revolutionär Sozialistische Organisation



Sozialismus oder Laberei



revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit

denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net

und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/